Beschlussvorlage der Verwaltung

Fachgebiet 10
Aktenzeichen:
Vorlage Nr.: BV/1931/2023

Freigabedatum:
05.06.2023

Vorlage für die Sitzung			
Rat	Entscheidung	19.06.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Wahl der*des Ersten Beigeordneten
gemäß § 71 Gemeindeordnung NRW (GO NRW)**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
Keine

Haushaltmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
Personalkosten stehen im Haushaltsbudget zur Verfügung.

Beschlusscontrolling:
Die Beschlussvorlage ist nicht für das Beschlusscontrolling vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat wählt gemäß § 71 Absatz 1 GO NRW

zum*zur Ersten Beigeordneten der Stadt Rheinbach für die Dauer von acht Jahren.

Als Geschäftskreis werden die Fachbereiche I und IV übertragen. Der Rat behält sich eine Änderung des Geschäftskreises gemäß § 73 Absatz 1 Gemeindeordnung NRW vor.

2. Der Rat bestellt ihn*sie zugleich zum*zur Allgemeinen Vertreter*-in des Bürgermeisters (vgl. § 68 Absatz 1 GO i. V. m. § 15 Absatz 2 Hauptsatzung der Stadt Rheinbach).
3. Es werden Bezüge der Besoldungsgruppe A 16 gemäß Landesbesoldungsordnung NRW in Verbindung mit der Eingruppierungsverordnung NRW gezahlt.

Erläuterungen:

Der bisherige Erste Beigeordnete ist mit Ablauf des 31.05.2023 in den Ruhestand eingetreten und somit ist das Amt seit dem 01.06.2023 vakant.

Der Rat hat in seiner Sitzung am 14.02.2023 (TOP 6.2, BV/1872/2023) das Ausschreibungsverfahren, die Stellenausschreibung mit Anforderungsprofil sowie den Geschäftskreis für das Amt der*des Ersten Beigeordneten festgelegt und den Bürgermeister mit der Durchführung des Verfahrens beauftragt.

Nach Ablauf der Bewerbungsfrist (30.04.2023) lagen insgesamt acht Bewerbungen vor. Diese wurden anhand des vom Rat vorgegebenen Anforderungsprofils ausgewertet. Die zwei Bewerber*innen, die das Anforderungsprofil erfüllen konnten, haben sich den Ratsfraktionen in Gesprächen am 24. und 31.05.2023 vorgestellt.

Rechtliche Würdigung:

Gemäß § 71 Absatz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) werden die Beigeordneten vom Rat für die Dauer von acht Jahren gewählt. Die Anforderungen sind in § 71 Absatz 3 GO NRW festgelegt.

Nach § 68 Absatz 1 GO NRW i. V. m. § 15 Absatz 2 Hauptsatzung der Stadt Rheinbach bestellt der Rat zudem die Allgemeine Vertretung des Bürgermeisters.

Die Vergütung richtet sich nach § 2 Absatz 3 der Eingruppierungsverordnung NRW (EingrVO) unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl der Stadt Rheinbach. Zum letzten, für die Eingruppierung nach § 7 Absatz 1 EingrVO maßgebenden Stichtag (30.06.2022), belief sich die Anzahl der Einwohner*innen laut IT NRW auf 27.059. Demnach liegt die Stadt Rheinbach in der Größenklasse zwischen 20.000 und 30.000 Einwohner*innen und kann das Amt der*des Ersten Beigeordneten mit der Höchstbesoldungsgruppe A 16 vergüten. Auch vor dem Hintergrund, dass für das Amt des Technischen Beigeordneten bereits die Höchstbesoldungsgruppe (A 15 Landesbesoldungsordnung NRW) gewährt wird, wird dies auch für das Amt der*des Ersten Beigeordneten empfohlen. Das Amt der*des Ersten Beigeordneten ist zugleich mit der Allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters verbunden und ist insofern gegenüber dem Amt des Technischen Beigeordneten mit weiterer Verantwortung und Kompetenzen ausgestattet. Darüber hinaus erhält der*die Erste Beigeordnete eine Aufwandsentschädigung nach § 5 EingrVO.

Zum weiteren Verfahren:

Nach § 16 Absatz 2 Landesbeamtengesetz Nordrhein-Westfalen darf die Ernennungsurkunde an kommunale Wahlbeamt*innen erst ausgehändigt werden, wenn die Wahl innerhalb eines Monats nach ihrer Durchführung von der Aufsichtsbehörde (Rhein-Sieg-Kreis) nicht beanstandet wurde.